Handlungsfähigkeit der Kommunen durch auskömmliche Finanzierung und Altschuldenabbau stärken

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Gremium:	KV Hagen
Beschlussdatum:	13.09.2023
Tagesordnungspunkt:	T Tagesordnung/Formalia
Status:	Antrag mit Klärungsbedarf

Antragstext

Die BDK fordert die Bundestagsfraktion und alle Grünen in Regierungsverantwortung dazu auf, durch die konsequente Umsetzung einer auskömmlichen Finanzierung, Unterstützung von Altschuldentilgungen und Bürokratieabbau auf gleichwertige Lebensverhältnisse in allen unseren Kommunen hinzuwirken und so die zunehmenden finanziellen Unterschiede unserer Kommunen besser auszugleichen.

Sie bekräftigt und erneuert damit alle Bestrebungen aus dem grünen Grundsatzprogramm, dem

Bundestagswahlprogramm sowie dem Koalitionsvertrag der aktuellen Ampelkoalition, die der Wiederherstellung und Wahrung der finanziellen Handlungsfähigkeit in den Kommunen dienlich sind.

Begründung

> In Zeiten wachsender populistischer Bestrebungen muss Kommunalpolitik als Gesicht der Demokratie vor Ort im Fokus aller Akteure stehen und von diesen größtmögliche Unterstützung erfahren.

Die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und der Zusammenhalt der kommunalen Familie ist durch die Krisenbewältigungen der letzten Jahre aus dem Fokus geraten. Dabei haben die Corona- und Ukrainekrise bereits gezeigt, wie wichtig die Handlungsfähigkeit der Kommunen für unsere Gesellschaft ist.

Statt sich auf gleichwertige Lebensverhältnisse hin zu bewegen, drohen die Kommunen in Deutschland weiter auseinanderzudriften und die Spaltung der kommunalen Familie schreitet voran. „Arme“ Städte und Gemeinden mit hohen Schuldenbergen und überdrehten Steuer- und Gebührenschrauben rutschen im Wettbewerb gegen „reiche“ Kommunen mit auskömmlichen Steuereinnahmen immer tiefer ins Abseits. Sie verlieren bereits jetzt Bürger*innen, Fachkräfte und Unternehmen an Kommunen, die den finanziellen Spielraum besitzen, um das Gemeinwesen zukunftsfähig zu gestalten.

Finanzschwächere Kommunen befinden sich auf verschiedene Weise in kaum aufzuhaltenden Abwärtsspiralen, die dringend gestoppt werden müssen. Ein paar Beispiele:

- **Finanzschwache Kommunen werden durch den Investitionsstau zunehmend schwerer belastet. –** Kommunale Infrastruktur droht zunehmend zu zerfallen: Beim

ÖPNV wird gespart, Straßen und Plätze werden nicht instandgehalten, Schwimmbäder werden geschlossen und nicht saniert. Schulgebäude bleiben im 20. Jahrhundert stehen, Bibliotheken werden eingespart und der Klimaschutz bleibt im Sparzwang stecken.

- **Finanzschwache Kommunen sind bei der Verteilung von Landes- und Bundesmitteln oft benachteiligt. –** Große Teile der Stadtentwicklung (und damit Verbesserungen der Lebensqualität vor Ort) geschehen aktuell durch Förderprogramme. Finanzschwache Kommunen haben aufgrund des Personalmangels (siehe oben) Schwierigkeiten damit, rechtzeitig oder sogar proaktiv qualitativ hochwertige Förderanträge zu schreiben. Außerdem können die Eigenmittel für Förderprogramme, die eigentlich notwendig wären, um aus der Misere herauszukommen, nicht immer aufgebracht werden. So geraten die schwächsten Kommunen gerade bei Zukunftsprojekten, wie Klimaschutz und Klimaanpassung ins Hintertreffen.
- **Finanzschwache Kommunen versuchen alleine die Anforderungen zu erfüllen und büßen damit weitere Finanzmittel ein. –** Finanzschwache Kommunen stabilisieren ihre kommunalen Haushalte in Ermangelung von Alternativen durch das Anheben von Gebühren und Steuern. Die Bürger*innen werden dadurch stetig weiter belastet; weitere Einsparungen führen zudem zu einer Verschlechterung der Lebensqualität vor Ort. In der Folge wandern Unternehmen in andere Städte ab, wodurch sich die Finanzlage weiter zuspitzt.
- **Finanzschwache Kommunen haben einen strukturellen Nachteil beim Anwerben von qualifizierten Verwaltungsmitarbeiter*innen. –** Das durch die ohnehin schon schlechte finanzielle Ausstattung erzeugte unattraktive Arbeitsumfeld verstärkt den schon existierenden Fachkräftemangel noch einmal dramatisch. Dieser Personalmangel sorgt für ein allgemeines Abrutschen der Lebensverhältnisse und ein damit noch unattraktiveres Arbeitsumfeld.
- **Finanzschwache Kommunen können die Schwächsten in unserer Gesellschaft nicht ausreichend unterstützen. –** Finanzschwache Kommunen haben Schwierigkeiten, Hilfsangebote (z.B. aufsuchende Sozialangebote, Hilfen zur Pflege, (inklusive) Jugendhilfe, Ganztagsbetreuung in Kita und Schule, o.ä.) in ausreichender Menge und Qualität zu finanzieren, womit die Menschen länger in den Sozialsystemen bleiben, als notwendig wäre.

Die Verletzung des Prinzips der auskömmlichen Finanzierung pflichtiger Aufgaben hat in der Vergangenheit die Folgen des Strukturwandels verstärkt und für große Unterschiede in der Lebensqualität und Attraktivität von Regionen gesorgt. Deshalb fordern wir alle Mitglieder der Bundestagsfraktion und der Regierung auf, sich für wirksamere Kontrollmechanismen und eine auskömmliche Finanzierung der pflichtigen Aufgaben in den Kommunen schon in der Gesetzgebung („Wer bestellt, bezahlt“) einzusetzen. Mit besonderem Nachdruck plädieren wir für eine Beteiligung des Bundes an nachhaltigen Altschuldenlösungen wie sie beispielsweise in Nordrhein-Westfalen ab 2025 geplant ist.

Dabei halten wir die Finanzierung über Fördermittel des Bundes keineswegs immer für eine gute Alternative: Sie ist volkswirtschaftlich nicht zielführend, unter anderem weil sie mit hohen Bürokratie- und Kontrollaufwänden verbunden ist. Eine unmittelbare kommunale Verwendung der Mittel würde hingegen die Demokratie vor Ort stärken. Es ist daher als erster Schritt wichtig, dass es weiterhin einen zielgerichteten Bürokratieabbau bei kommunalen Förderprogrammen – etwa durch einen ausdauernden Einsatz für schlanke Richtlinien, zentrale Förderplattformen und digitale Antrags- und Bewilligungsverfahren – gibt.

Ebenso sehen wir die aktuelle grüne Regierungsbeteiligung als Chance, weitere Schritte in Richtung einer zukünftigen nachhaltig-grünen Kommunalfinanzreform zu gehen, die mit

handlungsfähigen Kommunen basisdemokratisch den Zusammenhalt der Gesellschaft absichern hilft.

Es reicht nicht, unsere Kinder vor fiskalischen Schulden zu schützen, ihnen aber eine marode Demokratie und Infrastruktur aufzubürden – und eine unbewohnbare Welt.

Die Bekämpfung der Klimakrise, die Verteidigung der Demokratie und die Gestaltung der offenen Gesellschaft entscheidet sich vor Ort. Hier wird für Bürger*innen sichtbar, welche Rolle die öffentliche Hand im eigenen Leben spielt und wie wir durch ein starkes Gemeinwesen vorankommen. Dafür muss es in allen Kommunen wieder vorwärts gehen!

Dieser Antrag wurde erstellt unter Mitwirkung von
Sabine von der Beck, KV Herne
Robin Conrad, KV Recklinghausen
Marcel Gießwein, KV Ennepe-Ruhr
Marion Manske, KV Mönchengladbach
Björn Maue, KV Mülheim an der Ruhr
Tobias Rödel, KV Hagen
Katharina Schmitt, KV Worms